

Landmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

59929 Brilon, Buchenring 21, Telefon: 02964-1037, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de

www.Ostpreussen-NRW.de



Rundschreiben 4/2016

Regierungsbezirk Gumbinnen

Gumbinnen



die Hauptstadt des Regierungsbezirks, ist aus dem in einer Flußschleife der Pissa gelegenen Dorf Pisserkeim in der preußischen Landschaft Nadrauen entstanden. Es erscheint urkundlich erstmals 1554. 1570 erbaute das Dorf eine Kirche und erhielt wahrscheinlich damals den Namen Gumbinnen. In den folgenden Jahrzehnten ließen sich in dem Ort Schweizer, Pfälzer, Magdeburger, Nassauer und 1732 Salzburger nieder, diese gründeten 1739 das Salzburger Hospital. König Friedrich Wilhelm I. erhob den aufstrebenden, gewachsenen Ort 1724 zur Stadt und legte mehrere Behörden hierher. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs die

Stadt zur Beamtenstadt, sie hatte 1939 24 534 Einwohner. – Das schräglinks geteilte Wappen zeigt oben in Rot den schwarzen preußischen Adler mit seinen Attributen, die aus der Teilungslinie wachsen, unten wieder in Rot einen steigenden, schwarzen Pfeil. (So ist das Wappen der Stadt 1724 verliehen worden. Dabei dürfte ein Schreibfehler vorliegen; denn der preußische Adler steht stets auf weißem Grund, außerdem müssen die heraldischen Felder im geteilten Schild verschiedenfarbig sein).

(Entnommen Ostpreußische Städtewappen von Emil Johannes Guttzeit, Herausgeber: Landmannschaft Ostpreußen, Abteilung Kultur Hamburg 1981)



Landsmannschaft Ostpreußen
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

**Wir grüßen alle Landsleute und Freunde im In- und Ausland,
insbesondere die in der dreigeteilten Heimat Verbliebenen.**

**Wir wünschen ein gesegnetes Weihnachtsfest
sowie Gesundheit und ein erfolgreiches Jahr 2017.**

Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak
Jürgen Zauner
Prof. Dr. Ulrich Penski
Arnold Schumacher
Klaus-Arno Lemke
Wilhelm Kreuzer

Für den Vorstand
der Landesgruppe

Besuchen Sie unsere Heimseite: www.Ostpreussen-NRW.de



Liebe Landsleute und Freunde unserer landsmannschaftlichen Gruppe in NRW,

Die Vertreibung aus der Heimat war und ist ein völkerrechtswidriger Akt, auch deswegen, weil wir Ostpreußen am 11. Juli 1920 uns in Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Völker unter Aufsicht der damaligen Siegermächte mit erheblicher Mehrheit für den Verbleib bei Ostpreußen und Deutschland ausgesprochen haben.

- So ist es völlig unangebracht, wenn Politik, Kirchen und Medien im Zusammenhang mit den aktuell aus dem Orient einströmenden Menschen auf unser Schicksal als Vertriebene und Flüchtlinge von 1945 und später hinweisen.

Wir waren Deutsche/Preußen und Staatsbürger des Deutschen Reiches. Wir sprachen die gleiche Sprache, hatten unsere christliche Religion und eine ebenbürtige Schul- und Berufsausbildung wie die Heimatverbliebenen. Uns fehlten ein Dach über dem Kopf in einem vom Bombenkrieg zerstörten Land und eine Arbeitsmöglichkeit in der von alliierter Demontage u. anderen Behinderungen betroffenen Nachkriegswirtschaft.

Unsere Eltern und Großeltern, die den Krieg und die Vertreibung überlebt hatten, wären auf Knien wieder heimwärts gezogen, wenn es die vermeintliche „Nachkriegsordnung“ nur zugelassen hätte.

Trotz aller Ungerechtigkeit wünsche ich Ihnen im Namen des Vorstandes eine gesegnete Weihnachtszeit und ein gutes Jahr 2017

Ihr Jürgen Zauner

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Frau Gabriele Schmidt, Landesleiterin,

Karlstraße 127, 40210 Düsseldorf

8. November 2016

Offener Brief

Meinungsfreiheit, Redefreiheit

Sehr geehrte Frau Schmidt,

im September ist es zu einem unglaublichen Vorfall gekommen. Die ver.di-Bezirksgeschäftsführerin Henrike Eickholt (Bezirk Mülheim-Oberhausen) hat mit einer Presseerklärung eine Veranstaltung unserer Landesgruppe in Oberhausen sabotiert. Sie forderte die Inhaber unserer Veranstaltungsstätte auf, einen geplanten Auftritt eines Referenten, des Historikers Dr. Stefan Scheil, den sie als Geschichtsrevisionisten bezeichnete, zu unterbinden.

Den Kontakt mit uns, der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW (LO NRW), hat sie weder vorher noch nachher gesucht.

Die LO NRW wendet sich entschieden gegen diese erhebliche Behinderung der Meinungs- und Redefreiheit. Ob die Thesen von Dr. Scheil haltbar sind oder nicht, ob sie revisionistisch sind, wie Frau Eickholt meint, oder nicht, mögen Historiker, vielleicht sogar die kommenden Generationen beantworten. Herr Dr. Scheil schreibt regelmäßig für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, was für uns ein Beleg dafür ist, dass er jedenfalls nicht außerhalb des demokratischen Spektrums verortet werden kann.

Pauschale Vorverurteilungen und eine politisch-wirtschaftliche Nötigung, wie die von Frau Henrike Eickholt, weisen unseres Erachtens auf ein gestörtes Demokratieverständnis hin.

Wer mit uns diskutieren will, kann dies jederzeit tun – gerne kontrovers, denn die Veranstaltungen der LO NRW sind grundsätzlich öffentlich.

Wir, die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW, verstehen uns als bürgerlich-liberal bis bürgerlich-konservativ. Viele von uns waren oder sind Gewerkschaftsmitglieder. Für den Druck, den Frau Eickholt auf die beiden Wirte ausgeübt hat, hat niemand in unseren Reihen Verständnis.

Ideen und Weltanschauungen, auch Meinungen, müssen miteinander in Wettstreit treten können. Doch dies bedeutet, sich auch mit Meinungen auseinanderzusetzen, die einem nicht behagen. Wir würden den Geist der Aufklärung zu Grabe tragen, wenn wir dies nicht tun. Damit kommen wir zu Immanuel Kant, einem Königsberger, also einem Ostpreußen wie wir. Einer seiner zentralen Sätze lautet: „**Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.**“ Dies empfehlen wir Frau Eickholt.

Im Übrigen halten wir uns an Voltaire (dessen ungewöhnliche Freundschaft zu Friedrich dem Großen, König von Preußen, Ihnen allen bekannt ist): „**Das Recht zu sagen und zu drucken, ist eines jeden freien Menschen Recht, welches man ihm nicht nehmen könnte, ohne die widerwärtigste Tyrannei auszuüben. Dieses Vorrecht kommt uns von Grund auf zu; und es wäre abscheulich, dass jene, bei denen die Souveränität liegt, ihre Meinung nicht schriftlich sagen dürften.**“

Zu unseren Veranstaltungen werden wir auch zukünftig einladen, wenn wir für richtig und angemessen halten. Wer auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht, darf – auch bei einer Ansicht, die Frau Eickholt nicht passt – zu uns sprechen. Wenn Frau Eickholt Diskussionsbedarf hat, ist sie gerne bei uns gesehen.

Wir werden unser heutiges Schreiben als Offenen Brief an den ver.di-Bundesvorstand und an regionale und überregionale Zeitungen und Zeitschriften versenden.

Mit freundlichen Grüßen, für den Vorstand der Landesgruppe NRW

Jürgen Zauner

(Vorsitzender)

Ter mine:

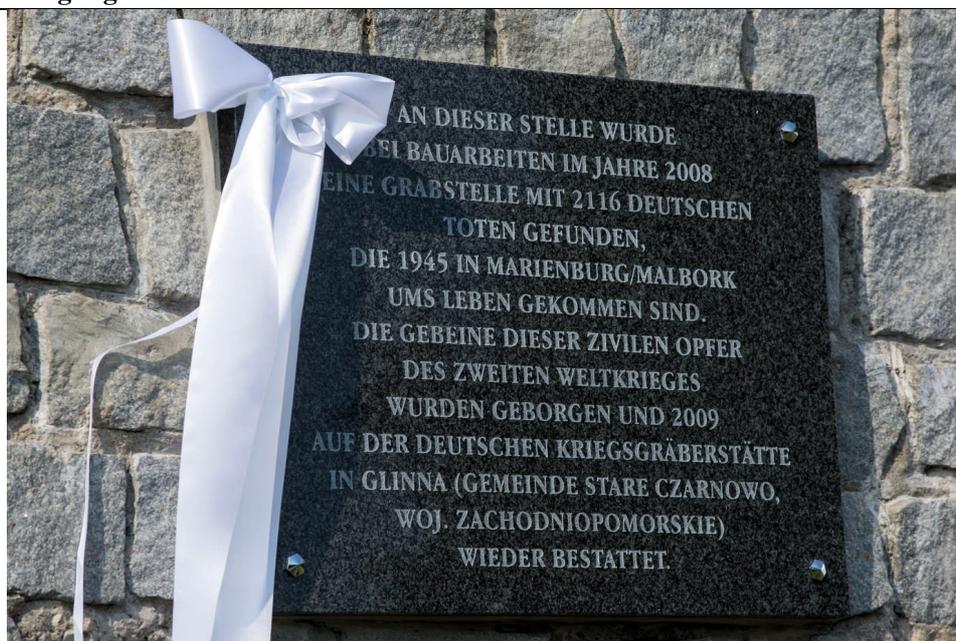
29. 10. 2016 Kultur- und Frauentagung in Oberhausen

18. 03. 2017 Frühjahrstagung in Oberhausen

13. 05. 2017 eintägiges Ostpreußentreffen Stadthalle in Neuß

02. 07. 2017 *Schloß Burg*

21. 10. 2017 Herbsttagung in Oberhausen



Liebe Freunde! *Igel statt Miegel* oder Neues aus Deutschland Anno 2016 (Quelle JF 24.08.2016)



Hannover benennt „Miegelweg“ in „Igelweg“ um

Briefmarkenmotiv mit der Dichterin Agnes Miegel Foto: picture alliance / dpa

HANNOVER. Der hannoversche Bezirk Badenstedt hat den nach der bedeutenden ostpreußischen Dichterin und

Schriftstellerin Agnes Miegel benannten „Miegelweg“ in „Igelweg“ umbenannt. Der Bezirksrat folgte damit laut *Neue*

Presse der Empfehlung einer Namenskommission, da das 1879 in Königsberg geborene ehemalige Vorstandsmitglied der „Preußischen Akademie der Künste“ angeblich eine „kontinuierlich arbeitende Stütze des NS-Regimes“ gewesen sei, „die Verherrlichung des Führers literarisch gestaltet“ und das „Unrechtssystem maßgeblich gefördert“ habe.

Ginge es nach der Verwaltung, sollte es bei der neuen Namensfindung – der hannoverschen Frauenquote folgend – eigentlich wieder ein Frauenname werden, diesmal nur historisch „unbelastet“. Vier Frauen und ein Mann standen auf der Vorschlagsliste, die den Anwohnern der kleinen Straße vorgelegt wurde. Doch die brachten Igel-Vorschlag ein und stimmten in einer Befragung für das Stacheltier.

Der Bezirksrat folgte der Abstimmung und sprach sich ohne Gegenstimmen für die Umbenennung in „Igelweg“ aus. „Ich kann damit wirklich gut leben“, sagte Bezirksbürgermeisterin Brigitte Schlienke (SPD) der *Neuen Presse*. Es sei richtig gewesen, in dieser Frage den Anwohnern entgegengekommen zu sein und zumindest sie gehe davon aus, „daß das ein weiblicher Igel sein wird, der dann auf dem neuen Straßenschild gemeint ist“. (gb)

Düsseldorf hatte seine Agnes-Miegel-Realschule schon Ende 2008 umbenannt.

Und so stand's mit Foto in der *Hannoverschen Neuen Presse*: 23.08.2016 | 09:07
Uhr | Christian Bohnenkamp



STRASSENAMEN Umbenennung: Aus Miegelweg wird Igelweg

Eine „kontinuierlich arbeitende Stütze des NS-Regimes“ sei sie gewesen. Sie habe „die Verherrlichung des Führers literarisch gestaltet“ und das „Unrechtssystem maßgeblich gefördert“. Aus Sicht der Namenskommission, die die Stadt eingesetzt hat, gebührt der ostpreußischen Dichterin Agnes Miegel keine Ehre mehr. Der zuständige Bezirksrat hat deshalb jetzt die nach ihr benannte Straße in Badenstedt umbenannt. Dass sich ihr Nachfolger gemein gemacht hat mit den Nazi-Schergen, darf dabei als ausgeschlossen gelten: Aus

dem „Miegelweg“ wird der „Igelweg“.

"Der Landesvorstand regt an, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Leserbriefe zu schreiben und dabei aus dem reichen Fundus des vorstehend abgedruckten Artikels zu schöpfen. Immer und immer wieder sollten wir uns vehement gegen die Verwendung russischer, polnischer, tschechischer und anderssprachiger Ortsnamen wenden, wenn es sich um Städte handelt, die jahrhundertlang deutsche Städte waren. Auch deshalb, weil die alten deutschen Namen in der Regel eleganter über die Zunge gehen. Vor allem aber deshalb, weil dies viel mit der Achtung vor der eigenen Geschichte und Kultur zu tun hat, nichts jedoch mit Revanchismus, wie den Vertriebenen oft unterstellt wird."

Fortsetzung Rundschr. 3-2016

Ein Streikkomitee

Am 22. Juli 1953 hatten laut einem Bericht der örtlichen Verwaltung schon 3000 Häftlinge die Arbeit niedergelegt; in Wirklichkeit waren es wohl halb so viele. Doch das reichte: Sie verhinderten die üblichen Rituale der Lagerordnung, das allabendliche Einschließen in Baracken etwa, und baten die Wachen ganz höflich, die eingezäunten Lagerbereiche zu verlassen; fortan organisierten sie ihren Alltag selbst: Vorräte mussten bewacht, die Essensversorgung aufrechterhalten werden. Das Einschüchterungspotenzial des Gulags zerbröselte – scheinbar.

Ein zwölfköpfiges Streikkomitee wurde gebildet, in dem Vertreter aller in Workuta einsitzenden Nationen vertreten waren. Nach längeren Diskussion verabschiedeten sie mehrere Forderungen an Moskau. Die wichtigsten lauteten: Aufhebung des Strafrechts aus stalinistischer Zeit, vor allem des Gummiparagrafen [Artikel 58 des sowjetischen Strafgesetzbuches](#); Ende der Willkür und Folter in den Lagern, Aufhebung der Urteile oder wenigstens Überprüfung der Anklagen; schließlich Entlassung der verschleppten Ausländer, die aus allen Teilen des sowjetischen Machtgebiets stammten.

Einen Tag später, am 23. Juli 1953, schlossen sich viele deutsche Häftlinge der 10. Lagerabteilung dem Streik an. Gerade das zeitweilige Einlenken der Verwaltung dürfte dazu beigetragen haben – es erschien gleichermaßen unglaublich und als Zeichen der Schwäche. Schon um drei Uhr morgens schien jenseits des Polarkreises die Sonne über Kohlenschacht 29.

Stalinistischer Reflex

Hier sprang der Funke über, weil Gulag-Polizisten wie üblich auf Druck und Drohung setzten. Doch diesmal wehrten sich die Männer der Nacht- und der Frühschicht; sie besetzten ihre Arbeitsplätze. Der Streikteilnehmer Heini Fritsche erinnerte sich: "Niemand hatte die Sache befohlen, angeführt oder gar vorausschauend organisiert. Es war ein plötzlicher Aufschrei, das unausgesprochene Verstehen untereinander, das uns einheitlich handeln ließ." (4)

Die Gulag-Verwaltung war ratlos – es blieb nur der typisch stalinistische Reflex, echte oder vermeintliche "Rädelsführer" festzunehmen und zu "isolieren", um so den Streik in sich zusammenbrechen zu lassen. Doch längst hatten viel zu viele Insassen erkannt, dass es vielleicht eine Chance gab, das Lagersystem wesentlich zu schwächen.

Der Workuta-Häftling [Horst Schüler](#), der 1951 in Potsdam Pressefreiheit gefordert hatte und wegen antikommunistischer Propaganda zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, erinnerte sich ein halbes Jahrhundert später an die Forderungen der Häftlinge aus der DDR: "Die wichtigste ist natürlich die Aufhebung aller Urteile und Rücktransport in die Heimat. Vor allem aber soll man auch uns Deutschen endlich erlauben, Briefe nach Hause zu schreiben."

Darauf allerdings ließ sich die zentrale Gulag-Verwaltung nicht ein. Einerseits begannen Funktionäre vor Ort mit Verhandlungen, aber wohl nur zum Schein; auch eine Kommission aus Moskau reiste an den Polarkreis. Gleichzeitig wurden aus den noch nicht streikenden Lagerteilen schwere Werkzeuge und anderes Gerät abtransportiert, das als Waffen einsetzbar gewesen wäre.

15.000 im Streik

Am achten Tag des Ausstandes meldete der Geheimdienst NKWD, dass mehr als 15.000 Gefangene sich beteiligten; rund die Hälfte der Produktion stand still. Gleichzeitig verbreiteten sich Gerüchte in der weitgehend von der Außenwelt abgeschlossenen Lagerwelt von Workuta: Angeblich sollte es in der gesamten UdSSR Streiks geben; angeblich seien die Stalinisten in Moskau gestürzt und durch Marschälle der Roten Armee ersetzt worden. Eine Sitzung des Obersten Sowjets stünde bevor, von der sich die Streikenden viel erhofften.

In Wirklichkeit bereitete die Gulag-Verwaltung die "Liquidierung" des Streiks vor. Am Freitag bezogen noch unsichtbar Soldaten des NKWD Stellung rund um das Lager 10, in dem viele deutsche Gefangene saßen. Am folgenden Morgen dann hielt der örtliche Kommandant eine drohende Ansprache: "Hier spricht General Derewjanko! Alle herhören! Ich habe den Truppen den Befehl gegeben, die kollektive Arbeitsverweigerung im Lager 10 heute zu beenden." Wer freiwillig zur Arbeit gehen wolle, so Andrej Derewjanko, könne das tun. "Wer das Lager nicht verlässt, hat die Folgen selbst zu tragen!"

Die meisten Häftlinge sahen die Gefahr, aber sie wollten nicht zurückweichen. Hunderte sammelten sich am Tor und hakten sich unter. Heini Fritsche beschrieb, was dann geschah: "Trauben von Menschen standen bis dicht vor dem Tor. Lautsprecher plärrten, um uns zum Verlassen des Lagers aufzufordern. Wir waren unbewaffnet, aber der Mut der Verzweiflung hielt uns zusammen." Die Aufseher unternahmen noch einen Versuch, öffneten das Tor – und sahen sich der geschlossenen, aber friedlichen Front

Mord am Lagertor

Dann eskalierte die Situation, wie Fritsche mit eigenen Augen sah: "Mit Entsetzen nahm ich wahr, dass eine mit einer Pistole bewaffnete Hand eines Offiziers durch den Lattenrost des oberen Torteiles geschoben wurde und sich ein Schuss löste, der einen Häftling in den Kopf traf. Der Mann stürzte zu Boden. In diesem Augenblick ratterten und knallten die Maschinenpistolen und Gewehre der rechts und links vom Tor hinter dem Stacheldraht aufgereihten Soldaten los.

Mindestens 64 Häftlinge starben, etwa doppelt so viele wurden verletzt. Fast die Hälfte der Männer am Tor von Lager 10 waren also getroffen worden. Das brutale Durchgreifen des NKWD sowie anschließende Verhaftungen von Wortführern sorgten dafür, dass der Streik zuerst in Lager 10, bald auch in anderen Teilen von Workuta zusammenbrach.

Wenige Monate später lockerte sich das Lagerregiment etwas: Gefangene durften nun Briefe an ihre Verwandten schreiben und so ein Lebenszeichen geben. Ab 1954 durften sie sogar Päckchen bekommen. Derweil liefen für die deutschen Gefangenen Verhandlungen für ihre Rückkehr. Konrad Adenauers Staatsbesuch in Moskau 1955 brachte ihnen schließlich die Freiheit.

Für das Gulag-System war der Streik in Workuta ein Einschnitt. Es folgten weitere, kleinere Proteste, und sie führten im allgemeinen Klima der Entstalinisierung dazu, dass sich die Lebensbedingungen etwas verbesserten. Zwar waren die Kommunisten nicht bereit, auf die Macht zu verzichten, wie die [Niederschlagung der ungarischen Revolution im Oktober 1956](#) zeigte. Aber die Existenz des Zwangsarbeitslagers Workuta neigte sich ihrem Ende zu. Der Betrieb der Kohlengruben wurde von halbfreiwilligen Arbeitern übernommen, die restlichen Deportierten in andere, weiter bestehende Haftlager verlegt. Im Lager 10 erinnert ein Friedhof an die Toten des 1. August 1953 – mehr allerdings auch nicht.

Kälte, Qualen und Terror in Stalins Lagern 1/5

. Von Antonia Kleikamp

Geld für Kant-Museum/Putin will Pfarrhaus in Judtschen retten:

<http://www.ostpreussen.de/portal/nachrichten/artikel/geld-fuer-kant-museum.htm>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP)

Österreich

Wien/Bonn, am 13. September 2016

Die herausgemeißelte Vergangenheit

Ein Tabu in der deutschen Sprache: Alte Ortsnamen in Tschechien und Polen werden kaum auf Deutsch genannt

Wer kennt schon so exotisch klingende Ortsbezeichnungen wie Dráždány, Lipsko, Víden oder Postupim? Dabei handelt es sich doch nur um tschechische Namen, die in deutscher Übersetzung jedem vertraut sind: Dresden, Leipzig, Wien, Potsdam. Sogar für manch kleinere Stadt im deutschen Sprachraum, etwa Graz, Regensburg, Linz, Weimar, Aachen gibt es tschechische Namen, und jedes tschechische Schulkind hat schon einmal von Kostnice gehört, womit Konstanz gemeint ist, wo in einem Stadtteil, der heute den beschaulichen Namen "Paradies" trägt, der böhmische Kirchenkritiker Jan Hus den Flammen eines Scheiterhaufens übergeben wurde.

Auch einem Polen würde niemand Gebietsansprüche vorhalten, nur weil er Misnia statt Meißen oder Lipsk statt Leipzig sagt. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Die Namen ferner deutscher Städte wurden nach und nach sprachlich angepaßt und somit zu etwas Eigenem gemacht. *Die meisten dieser tschechischen oder polnischen Bezeichnungen sind jahrhundertealt und zeugen von weit zurückliegenden Verbindungen.*

Doch wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht immer dasselbe. In Deutschland ist das Verwenden deutscher Namen für Städte wie Danzig, Breslau oder Marienbad nicht unumstritten. Aus alter DDR-Gewohnheit oder westdeutscher political correctness wird trotz Verknotungen der Zunge manchmal tapfer versucht, Städtenamen wie zum Beispiel Szczecin so richtig wie nur möglich auszusprechen, obwohl das gar nicht viel anders lautende "Stettin" leichter über die Lippen geht. So kommt es gelegentlich zu grotesken Situationen, daß in einer auf Deutsch geführten Unterhaltung der polnische Gesprächspartner von Breslau oder Danzig spricht, während sich sein deutsches Gegenüber in "Wroclaw" und "Gdansk" übt. Als ob den Bemühten die Angst plagte, mit einem deutlich ausgesprochenen "Breslau" könnte der Dämon des Revanchismus der Flasche entweichen.

Es wird noch lange als Anomalie empfunden werden, daß es eine unübersehbare Zahl deutscher Bezeichnungen für Orte gibt, die als Folge von Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg heute außerhalb des deutschen Sprachraums liegen, aber davor Jahrhunderte dazugehörten.

Neben bekannteren Städten wie Reichenberg, Oppeln, Brünn, Danzig oder Olmütz und Königsberg können auch kleinere Orte auf dauerhafteren Bestand ihres Namens hoffen, da sie mit bedeutenden historischen Persönlichkeiten in Verbindung gebracht werden. Oberplan im Böhmerwald zum Beispiel, wegen Adalbert Stifter, Krummau, weil Egon Schiele einst in diese zauberhaft schöne Stadt auch dann noch vernarrt blieb, als ihn die Stadtoberen wegen seiner Aktzeichnungen hinauskomplimentiert hatten.

In der selben Reihe stehen etwa das oberschlesische Lubowitz, wo Joseph von Eichendorff das Licht der Welt erblickte, das mährische Zdislawitz, der Geburtsort von Marie von Ebner-Eschenbach oder das westböhmische Eger, weil dort Wallenstein gemeuchelt wurde.

Andere Orte mögen ihre alten Namen wiederum wegen der besonderen Sehenswürdigkeiten und Kulturdenkmäler bewahren, die sie beherbergen. Zum Beispiel das kleine Dörflein Geppersdorf am Fuße des Altvatergebirges, in dessen Kirche ein außergewöhnliches Altarbild des berühmten Rokokokünstlers Ignaz Günther zu bewundern ist, oder das niederschlesische Jauer, wegen seiner prächtigen hölzernen Friedenskirche "Zum Heiligen Geist", die inzwischen zum Weltkulturerbe erhoben wurde.

Manchmal treten verschwundene Namen ganz unversehens in Erscheinung. Zauchtel zum Beispiel, ein kleiner Marktflöckchen am Oberlauf der Oder. Während der großen Oderflut 1997 arbeitete sich dieser Name ganz nach oben. Er schwamm mit dem aufgewühlten Wasser nach Deutschland, um dann für einige Tage ein Eigenleben in den Wasserstandsnachrichten der ARD-Sender zu führen. Nur ein paar Vertriebene und ihre Kinder, die ihre Wurzeln in dieser Gegend haben, dürften sofort gewusst haben, um welchen Ort es sich handelte. Wie es zur Aufwertung des Ortsnamens kam, kann nur vermutet werden.

Saß in einer Nachrichtenredaktion jemand, der diese Bezeichnung in einer zweisprachigen Karte fand und Zauchtel statt *Suchdol nad Odrou* wählte, weil ihm die Zauchtel-Variante schon fremdländisch genug klang? Oder war es ein tschechischer Wasserstandsmelder, der es seinem deutschen Kollegen im fernen Deutschland nicht zu schwer machen wollte und ihm deshalb den deutschen Namen des überschwemmten Ortes durchgab? Jedenfalls konnte der hübsche Name für kurze Zeit seine einsame Existenz auf verstaubten alten Karten unterbrechen und sich ein paar schöne Tage in den Medien gönnen. Dabei ließe sich über Zauchtel viel mehr sagen, als dass es an der Oder liegt. Zum Beispiel, dass es zusammen mit dem benachbarten Kunewald, einst eines der bedeutenden Zentren der Mährischen Brüdergemeinde war, deren Mitglieder später Träger der Herrenhuter Weltmission wurden.

Dies sind einige wenige herausgegriffene Beispiele aus einem engmaschigen Netz von deutschen Namen für kleine Städte und Dörfer, Bäche, Wallfahrtsorte, Felshöhlen, Bergspitzen und sonstige Flurbezeichnungen. Viele von ihnen haben keinen prominenten Schutzpatron oder ein besonders markantes Baudenkmal aus vergangener Zeit vorzuweisen, sondern manchmal nur ein verwittertes Marterl am Straßenrand mit einem leeren Platz, der übrig geblieben ist von der nach 1945 herausgemeißelten deutschen Inschrift. Doch bei näherem Hinsehen zeigt es sich schnell, dass sich hinter dem alten Namen ein buntes Mosaikbild einer interessanten, untergegangenen Kultur verbirgt, die es nicht verdient, vollends in Vergessenheit zu geraten. Die alten Namen sind ihr erstes Erkennungszeichen.

Erfundene Ortsnamen

Es gibt Touristen, die keine Reise nach Schlesien, Pommern oder in den Böhmerwald planen, ohne vorher die aktuelle Regionalkarte des Höfer-Verlags in die Tasche zu stecken, des einzigen in Deutschland, der mit gewissenhafter Detailtreue die deutschen Namen der kleinsten Einsiedeleien aufführt, zusammen mit den heutigen polnischen oder tschechischen. Sogar die nicht mehr existierenden, irgendwann nach dem Krieg weggebaggerten Dörfer sind mit besonderer Kennzeichnung darauf zu finden. So erfährt der Reisende zum Beispiel, dass die beschauliche Gegend am Oberlauf der Moldau, in der er gerade seinen Urlaub verbringt, die altertümliche Bezeichnung "Loistisches Gereith" trug, nach der Bauernfamilie der Loister, die dort seit Generationen bis 1945 siedelte. Er stellt somit gleichzeitig fest, dass der heutige Name gar nichts mit der Vergangenheit des Ortes zu tun hat, sondern eine schlichte Erfindung ist, wie oft nach dem Krieg geschehen.

Die letzten Angehörigen der so genannten Erlebnisgeneration der Vertriebenen, für die sich die alten Namen mit einer Erinnerung an ein reales Lebensgefühl vermischen, waren beim „erzwungenen Weggang“ vor 60 Jahren Jugendliche oder noch Kinder. Wie lange sich diese Ortsbezeichnungen und alles, was sich mit ihnen verbindet, in der einen oder anderen Weise halten können, hängt auch davon ab, ob es gelingt, die immense durch den Nationalsozialismus und seine Folgen bedingte Schrumpfung des deutschen Sprachgebiets als Verlust erhaltenswerter, keineswegs randständiger Bestandteile der nationalen Kultur anzunehmen. Es hat auch etwas mit Achtung vor der eigenen Sprache zu tun, zu der die alten Namen immer noch gehören, auch wenn sie nach 1945 per Dekret für immer verschwinden sollten.

Müssten die heutigen Bewohner aber nicht beunruhigt sein, dass sie in einer Landschaft leben, deren polnische oder tschechische Bezeichnungen eine zeitlich noch sehr dünne Zeitspanne umschreiben, im Unterschied zu den alten Namen?

Das Gegenteil scheint der Fall zu sein: Umfragen zeigen, dass gerade in solchen Gegenden die Vorurteile und Ängste gegenüber deutschen Nachbarn geringer sind als im Landesinneren, wo der Kontakt zu Deutschen seltener ist.

Nicht wenige Tschechen oder Polen - keineswegs nur Archivare oder Regionalhistoriker - legen Wert darauf, so viel wie nur möglich über die Vergangenheit ihrer einst deutsch besiedelten Region zu erfahren. Sie verfügen über beeindruckendes Detailwissen über die untergegangene Welt, kennen die scheinbar unbedeutendste alte Flurbezeichnung der ihnen zur „Heimat“ gewordenen Region. Manche von ihnen suchen Kontakt zu den Ehemaligen und zu ihren Nachkommen. Sie sind so etwas wie Pioniere einer friedlichen Aneignung des einst durch gewaltsame Umwälzungen ihnen zugefallenen Landes.

Quelle: Richard Szklorz, **Das Parlament mit der Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte, Deutschland**, Ausgabe 39 2006, 25. 09. 2006

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP)

Redaktion, Herausgeber, Medieninhaber:
Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)
Bundespressereferat: A-1030 Wien, Steingasse 25
ZVR-Zahl: 366278162

Telefon: 01/ 718 59 19
Fax: 01/ 718 59 23
E-Mail: pressedienst@sudeten.at
www.sudeten.at